

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seiger Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7205.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privat 40 Pfg. für die einseitige
Petitione oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 36. Sonnabend, den 8. September 1917. 21. Jahrgang.

Die Kleidernot.

Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben:
Wie sich auf dem Gebiet des Ernährungswesens Ketten- und Schlepphandel, Schiedungen und Hamsterei breitgemacht haben, so auch auf dem Gebiet des Bekleidungswezens. Wenn wir heute die drei Kriegsjahre überblicken, so ist ein ständiges Steigen der Preise auch für die Kleidung — jetzt bis zur wirklich fabelhaften Höhe — festzustellen. Es ist die dringende Frage aufgeworfen worden, ob die Reichsbekleidungsstelle, die ja aus der Erwägung heraus gegründet wurde, den Bedarf an Kleidung für die Bevölkerung sicherzustellen und als Regulator den privatwirtschaftlichen Betrieben gegenüber zu wirken, nichts tun konnte, resp. ob sie etwas getan hat, um auch die Preise für Kleidungsstücke in vernünftigen und erschwinglichen Grenzen zu halten. Seit Mitte des vorigen Jahres hat die Reichsbekleidungsstelle sich eine Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft als Geschäftsstelle angegliedert. Die Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft (KWA) ist mit 16 Millionen Mark fundiert, was beweist, daß mit einem großen Umsatz gerechnet wird. Die Art und Weise, wie von dieser Stelle aus die Waren, Stoffe oder die fertige Kleidung in den Verkehr gebracht werden, fordert aber ohne weiteres zu herber Kritik heraus. Man hatte erwarten dürfen, daß die Waren wenigstens für die weniger bemittelten Bevölkerungsschichten auf einem Wege vermittelt worden wären, der die möglichst geringsten Spesen erfordert hätte. — Wie bei allen ähnlichen Gesellschaften hat wohl diese Absicht auch von vornherein bestanden, aber auf dem Wege, der dazu eingeschlagen wurde, ist das gerade Gegenteil erreicht worden. Die von der KWA erworbenen Waren werden nur an Fabrikanten- und Großistenvereinigungen verkauft, die wiederum verpflichtet sind, ihren Mitgliedern und Berufsge nossen die Waren zu einem festgesetzten Preise abzulassen. Insgesamt sind 38 Verbände und Vereinigungen zur Verteilung zugelassen. Sollte man schon den Handel hierbei nicht ganz ausschalten, dann hätte man sich aber nur derjenigen Gruppe bedienen dürfen, die direkt mit dem Verbraucher in Verbindung stand, mit dem Tuchkleinhändler. Statt dessen hat man gegenteilig den Kleinhändler gänzlich von der Belieferung ausgeschlossen, zum Schaden des letzteren und zum Schaden der konsumierenden Bevölkerung. Noch weniger als die Zuweisung von Stoffen an die Tuchgroßhändler ist folche an die Fabrikantenverbände zu verstehen, die sich früher niemals mit dem Tuchhandel beschäftigt haben. Ja viele Fabrikanten haben sich geradezu geweigert, Waren zu übernehmen, weil sie sich nicht zu Tuchhändlern degradieren lassen wollten. Schon das hätte der Reichsbekleidungsstelle zu denken geben müssen, denn das beweist von vornherein, daß dadurch die Ware in ganz fremde Kanäle geleitet wurde und so notwendigerweise eine Verteuerung erfahren mußte. Daß wirklich eine Verteuerung der Waren durch die Herausziehung der Fabrikanten- und Großistenverbände eingetreten ist, mögen einige Beispiele beweisen. Nehmen wir an, die KWA überweist dem Tuchfabrikanten ein Stück Ware zum Preise von 10 Mk. pro Meter. Der Tuchfabrikant legt dasselbe an den Tuchgroßhändler ab + 13,84 Prozent Aufschlag = 11,37 Mk. pro Meter oder 11,37 Mk., ergibt den Verkaufspreis. Denselben Satz bringt der Tuchgroßhändler in Anlauf, 11,37 + 13,84 Prozent = 12,92 Mk. = 12,92 Mk. Der Kleinhändler darf 25 Prozent zuzuschlagen = 16,15 Mk. Würde das gleiche Stück Stoff den direkten Weg zum Kleinhändler nehmen, so würde sich der Preis stellen: 10 Mk. + 25 Prozent = 12,50 Mk. Der Stoff ist also verteuert um ca. 4 Mk. pro Meter = 40 Prozent. In noch weit größerem Verhältnis tritt jedoch die Verteuerung bei fertiger Konfektion auf. Wieder angenommen, der Stoff zu 10 Mk. pro Meter. Der Tuchfabrikant legt den Stoff zu 11,37 Mk. an den Tuchgroßhändler ab, dieser mit 12,92 Mk. an den Konfektionär. Da ergibt sich folgende Berechnung für den fertigen Anzug:

3 Meter Stoff à 12,92 Mk.	38,76 Mk.
weitere Herstellungskosten	25.— Mk.
25% Zuschlag, Friedensgewinn	63,76 Mk.
	15,94 Mk.
	79,70 Mk.
Der Kleiderhändler darf 30% Zuschlagen	23,91 Mk.
	103,61 Mk.

Vehterer Preis stellt den zulässigen Ladenpreis dar. Angenommen aber, der Stoff macht den Weg direkt zum Konfektionär:

3 Meter Stoff à 10 Mk.	30.— Mk.
Herstellungskosten	25.— Mk.
25% Zuschlag, Friedensgewinn = 13,75 Mk.	68,75 Mk.
30% Zuschlag vom Kleinhändler = 20,80 Mk.	89,55 Mk.

Eine Verbilligung also um 14,25 Mk. Eine noch größere Verbilligung würde sich erzielen lassen, wenn die Stoffe durch die Berufsvereinigungen direkt an ihre Mitglieder zum Verkauf gegeben würden. Da würde sich folgende Rechnung ergeben:

3 Meter Stoff zu 10 Mk. = 30 Mk., Herstellungskosten 25 Mk. + 30 Prozent Zuschlag, macht einen Gesamtpreis von 71,50 Mk. Das würde einen Unterschied im Verkaufspreise von 32,10 Mk. bedeuten, resp. durch die Art, wie die Reichsbekleidungsstelle die Verteilung der Stoffe und Waren vornimmt, werden Arbeiteranzüge um nahezu die Hälfte, um 45 Prozent, verteuert.

heute für viele Arbeiter noch mehr als ein Monatslohn. Konfektionsanzüge für junge Leute von 15—18 Jahren kosten 90—100 Mark. Deswegen ist es dringend notwendig, daß bei der Versorgung der Bevölkerung mit Bekleidung andre Wege eingeschlagen werden, als die die KWA der Reichsbekleidungsstelle wandelt. Bei allen Waren, die sie vertreibt, muß aller überflüssiger Zwischenhandel und damit jede unnötige Verteuerung ausgeschlossen werden. Die Waren sollten in Zukunft nicht mehr an Fabrikanten und Tuchgroßhändler abgegeben werden, sondern sie müssen den direkten Weg in die Werkstätten finden, vielleicht über die Berufsvereinigungen. Noch besser würde es sein, wenn die KWA direkt Anzüge arbeiten ließe und den Gemeinden zum Vertriebe überweisen würde. Soweit bekannt geworden ist, haben sich schon viele Gemeinden mit dahingehenden Anträgen an die Reichsbekleidungsstelle gewandt, ohne jedoch die erwartete Berücksichtigung zu finden. Wenn es auch nicht angängig ist, planlos diesen Wünschen nachzugeben, weil dadurch andererseits die Arbeiterbevölkerung der Gemeinden, die bis jetzt noch keine solchen Anforderungen stellten, geschädigt würden, so kann die Reichsbekleidungsstelle doch nicht umhin, einen Verteilungsschlüssel aufzustellen, der das ermöglicht.

Wenn dabei die Interessen einzelner geschädigt werden, so ist das weniger bedenklich, zumal es fast nur Kreise treffen würde, die in Ansehung ihrer Kriegsgewinne einen solchen Schaden leicht tragen könnten. Im Vordergrund muß das Interesse stehen, den weniger bemittelten Arbeiterschichten den Bezug von Kleidung zu erschwinglichen Preisen zu ermöglichen.

Der Weg, der im Kleiderhandel gangbar war, muß es auch hier sein.

Das Grundgesetz des wirtschaftlichen Wiederaufbaus.

In den „Sozialistischen Monatsheften“ veröffentlicht der neue Unterstaatssekretär Gen. Dr. August Müller eine programmatische Darlegung seiner Auffassungen zur Uebergangswirtschaft, die auch für unsere Kollegen von hohem Interesse ist. Wir geben deshalb die Ausführungen im Auszuge hier wieder:

Ohne Uebertreibung kann man sagen, daß das deutsche Volk im allgemeinen den eigentlichen Charakter dieses Krieges immer noch nicht recht erfährt hat. Man überflieht inmitten der kriegerischen Ereignisse meistens die Hauptfrage: daß es sich nämlich um einen Krieg Englands gegen die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands handelt; daß England den Krieg gewonnen hat, wenn es ihm gelingt, die deutsche Volkswirtschaft, die es durch den Krieg absorbiert, dauernd so niederzuhalten, daß dadurch die englische Superiorität (Vorkriegszeit), die durch den Aufschwung Deutschlands verloren gegangen war, wiederhergestellt und durch die britische Seeherrschaft in eine Beherrschung der Weltwirtschaft durch das vereinigete Angelsachsenium ausgedehnt wird. Die entscheidende Aufgabe des kommenden Friedens ist daher für uns der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, das heißt vor allem die Erneuerung, Vergrößerung und Intensivierung unserer Produktion. Die Politik der kommenden Friedenszeit wird eine Produktionspolitik sein müssen. Nur wenn man sich diese Forderung in ihrer vollen Tragweite klar macht, wird man über die Art des anzustrebenden Friedens eine zureichende Anschauung gewinnen können. Es muß ein Frieden werden, der uns eine Konzentration unserer produktiven Kräfte ermöglicht, eine Konzentration, die das deutsche Volk nur in engem Zusammenhange mit den Völkern des europäischen Festlandes gegen England sichern kann.

So entschieden der wirtschaftliche Gesichtspunkt für den Krieg also ist, so wenig tritt er sonderbarer Weise in der öffentlichen Erörterung zutage. Das Problem der Uebergangswirtschaft, also die erste Aufgabe des kommenden Wiederaufbaus, ist jedenfalls ein allgemein interessierendes Diskussionssthema noch nicht geworden. Nur im Handelsstil der großen Zeitungen wird es dann und wann angeschnitten. Vieft man aber nur ihren politischen Teil, so möchte man meinen, außer den Nahrungsmittelknoten beständen kaum ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten für uns.

Es ist vielleicht erklärlich, daß das Problem der Uebergangswirtschaft außerhalb des Kreises der Interessenten, der volkswirtschaftlichen Sachverständigen und der mit der Vorbereitung der Uebergangswirtschaft Betrauten in seiner vollen Schwere noch nicht begriffen worden ist. Die Eigenart der Kriegswirtschaft verhindert von Einblid in die Verhältnisse, die der Krieg auch außerhalb der eigentlichen Kriegszonen im Wirtschaftsleben der Kriegführenden und der neutralen Völker bewirkt. Zwar die Kriegszonen und die Kriegsschuldner, die kennt man; aber noch ist der Zeitpunkt nicht gekommen, an dem mit der Tilgung dieser Schulden begonnen werden muß. Daß der deutschen Volkswirtschaft ein „Im- und Export“ im Wert von 20 Milliarden jährlich fehlen wird, wenn der Krieg zu Ende ist; wer außerhalb des Kreises der Volkswirte, der Kaufleute und der Industriellen, die diese Ein- und Ausfuhr bemerken, kümmert sich im Augenblick darum? Die damit im Zusammenhang stehende Frage der Valuta Kurzwert des Geldes ist schon gar den meisten ein Buch mit sieben Siegeln. Und vielleicht noch weniger wird empfunden, was es für uns Verlehrs- und industriellen Anlagen bedeutet, daß in drei Jahren Kriegsdauer eine immer intensiver werdende Ausnutzung der Anlagen, aber keine ihr das Gleichgewicht haltende Reparatur möglich gewesen ist. Die Presse würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie allmählich die Äypte auf die Schwierigkeiten vorbereiten würde, vor denen sich die deutsche Volkswirtschaft befinden wird, wenn der Krieg und mit ihm die Ausnutzung aller industriellen und Verlehrsanlagen für die Zwecke der Kriegführung ein Ende erreicht hat. Muß doch zunächst die Reparationsfrage bewältigt werden, den Wirtschaftskörper des Deutschen Reiches auf die veränderte Situation umzustellen, die am Ende des Krieges vorhanden sein wird.

Ohne Opfer aller Glieder des Volkes, ohne das Aufheben aller Genossener und liebgewordener Vorstellungen, ohne die Anwendung neuer Methoden wird das, was notwendig ist, nur durch Opfer werden können. Ich glaube nicht an die Möglichkeit eines Wiederaufbaus der Volkswirtschaft, wenn der Grundlag in der Vordergrund gestellt wird, es komme in der Hauptsache darauf an,

möglichst schnell wiederherzustellen, was bis zum 1. August 1914 bestanden hat. Gerade darum erscheint mir eine nachhaltigere Beschäftigung der Presse mit dem Problem der Uebergangswirtschaft so wünschenswert, weil diese Auffassung noch immer besteht. Die drei Jahre Krieg, aus denen ja am Ende auch noch mehr Jahre werden können, erfordern die Anwendung anderer Mittel als die einfache Rückkehr zum altgewohnten Zustand vor dem Krieg. Die Erkenntnis dieser Wahrheit wird getrübt, und die Möglichkeit einer Verhandlung über die anzunehmenden Formen des Wiederaufbaus wird erschwert, wenn man das, worauf es hier ankommt, auf die Formel „Kapitalismus oder Sozialismus?“ zu bringen verdirbt.

Kapitalistische Grundzüge von ehemals werden ja zweifellos nicht die richtigen sein, die anzuwenden sind. Aber doch in der Uebergangswirtschaft der Sozialismus zu verwirklichen sei, das ist eine Forderung, die vermutlich von der Sozialdemokratie nicht gestellt und erst recht nicht durchgeführt werden wird. Was man bisher so gemeinhin unter Sozialismus verstand, nahm seinen Ausgangspunkt doch von andern Zuständen als von denen, die uns der Krieg hinterlassen wird. Alle Sozialdemokraten, die sich eine Vorstellung von ihrem Zukunftsideal machten, gingen nicht von einer zerfallenen, mit gewaltigen Verpflichtungen belasteten und in ihrer technischen Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigten Volkswirtschaft aus, sondern von einer Gesellschaft, die eine herausragende Rolle auf die Welt zu spielen, sondern um den Ertrag gewaltiger gesellschaftlicher Produktivkräfte gerecht zu verteilen, predigte die Sozialdemokratie die Notwendigkeit des Sozialismus. Das ist es aber nicht, was wir zunächst gebrauchen. In einer wahrscheinlich recht lange dauernden Uebergangszeit werden wir sparsam sein müssen wie nur irgendein armer Schüler, den der Hunger nach Besitz anspornt. Die Produkte aller Zonen stehen uns nicht so reichlich zur Verfügung wie ehemals, weil wir zunächst Schwierigkeiten haben werden, um sie zu transportieren und noch größere Schwierigkeiten, sie zu bezahlen; ganz davon zu schweigen, daß am Ende sogar ein Kriegsausgang möglich ist, der uns zunächst überhaupt den Bezug von Rohstoffen und Genussmitteln aus manchen Ländern unmöglich macht. So werden wir uns auf Jahre hinaus darauf einrichten müssen, vorwiegend von dem zu leben, was der deutsche Boden hervorbringt und was deutsche Arbeit im Zusammenwirken mit deutschem Unternehmungsgeist in Europa und in eigenen Kolonien zu schaffen in der Lage ist. Sozialismus, glaube ich, wird der überzeugte Sozialdemokrat den Zustand, dem wir entgegengehen, nicht nennen. Und dennoch wird insofern ein sozialistisches Element eine entscheidende Rolle beim Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft spielen müssen, als nicht das individuelle Interesse des Arbeiters und des Unternehmers (oder der Arbeiterklasse und der Unternehmungsklassen), sondern das Wohl der Allgemeinheit den Maßstab abgeben wird, an dem die Zweckmäßigkeit der anzuwendenden Mittel zu messen ist. So dürfte es sich notwendig machen, der Eigenwirtschaft aus den Zeiten bis zum 1. August 1914 die Gemeinwirtschaft der Wiederaufbauzeit gegenüberzustellen; in der Meinung, daß diese allmählich geläufig werdende Bezeichnung das, worauf es ankommt, schärfer hervorhebt als der Terminus Sozialismus, mit dem leicht Mißverständnisse verbunden sein können.

Aber selbst wenn Gemeinwirtschaft als notwendig anerkannt würde, so wäre damit doch noch nicht gesagt, welche Mittel Anwendung finden müssen, um sie durchzuführen. Neben selbstverständlicher Sparanleihe im Verbrauch aller notwendigen Konsumgüter und ebenso selbstverständlicher Unterdrückung geschmacklosen und überflüssigen Luxus in jeder Form und bei jeder Gesellschaftsschicht muß da vor allem auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, den Ertrag der Produktion so ergiebig wie möglich zu gestalten. Bis zum Ausbruch des Krieges waren wir reich genug, auch unwirtschaftliche Produktionsmethoden dulden zu können, Müßiggangigkeiten, beispielsweise in unserer Mittelstandspolitik, zu pflegen, dem Reichtum und den Monopolisten Gewohnheiten zu schatten, die nichts mehr mit rationaler Ausnutzung unserer Produktionskraft zu tun hatten. In Zukunft muß das anders werden. Das erste Gebot, von dem Industrie und Landwirtschaft, Handel und Gewerbe nach dem Kriege beherrscht sein müssen, wird das Gebot der rationalen Produktionsweise sein. Wir werden gut tun, wie bei so manchem, was wir während des Krieges erfahren haben, auch hier nach dem britischen Beispiel zu blicken, um zu erkennen, wie etwa dieser Gedanke seine Verwirklichung finden könnte.

Bis ins kleinste haben Lloyd George, Neville Chamberlain und der Arbeiterpartei-Ledger in Großbritannien die Hebel der Einhellung der Produktionsweise auf das ökonomische Grundgesetz: mit dem geringsten Aufwand an Mitteln den höchsten Ertrag zu erzielen, in die Praxis umzusetzen verstanden. Um die heimische Produktionsweise zu heben, sind in großartigster Weise die Landwirten Mindestpreise für ihre Erzeugnisse garantiert worden, und zwar gleich bis zum Jahr 1923, wodurch die Grundbesitzer veranlaßt werden, vor allem die landwirtschaftlich zu vergrößern und sich nicht aufzufrieden, an die Produktion selbst mehr zu wenden und sie zu ertragreicher zu machen. Für die Industrie hat der Staat sich die Herrschaft über die wichtigsten Rohstoffe und Urprodukte behauptet. Die Umwandlung des Rohstoffs zum Fertigprodukt erfolgt auf die zweckmäßigste Weise indem Betriebe desselben Rohstoffes zusammengefaßt werden, der Zwischenhandel, wo es irgendwie geht, ausgeschlossen und direkte Lieferung von Rohstoffen und Selbstverlehrsarbeiten vermieden wird. Die Produktion wächst unter Verwendung der neuen und besten Maschinen, internatinaler und weitgehender Arbeitsteilung wird durchgeführt und so der Ertrag erhöht, keine Arbeitsleistung erschöpfend zu heizen. Die Konkurrenz besteht in rationeller Durchführung des Geschäftes der Selbstverlehrsarbeiten, aber unter Vermeidung aller Heillosen Mühen, die die Selbstverlehrsarbeiten zu betreiben, um die Fäden zu drehen, zu spinnen und mit bewährter Energie hemmte die leitenden Maschinen des Fabrikanten des Deutschen Reiches ihren Teil zu tun, in dem Sinne, daß ihre gemeinsame Arbeit und Verlehrsarbeiten helfen. Die Anlagen des Grundbesitzes, das eigentlich wirtschaftliche Element in der Volkswirtschaft, die Produktion, mit allen Kräften zu heben und zu erhalten, und alle überflüssigen Zwischenschichten zu beseitigen, ist das oberste Gebot der Wiederaufbauzeit. Die Arbeit muß rationell und zweckmäßig auf dem geringsten Wege oder eine zweckmäßige

Nun ist unterdessen der Handel mit Kleidern in allen größeren Städten verstopft worden. Was aber beim Kleiderhandel nötig und möglich war, muß mindestens auch die Maßnahmen für die Versorgung der Bevölkerung mit neuen Kleidern ergeben. Wie die Mehrzahl der Arbeiter es ermöglicht soll, die heute geforderten Preise für Kleidung und Schuhwerk zu erschwingen, das ist eine Preisfrage, denn nicht alle haben die hohen Löhne der Nahrungserbeiter. — Die oben angeführten Berechnungen stellen ja nur Beispiele dar, wie sich durch das Verteilungssystem der KWA die Preise unnötig verteuern; die Beispiele können sich auch nur auf Stoffe oder Kleider beziehen, die von der KWA in Vertrieb kommen. Daneben stehen aber nun die privatwirtschaftlichen Betriebe, die mit ihrem zu erzielenden Nutzen nur dort eine Grenze finden, wo sie mit den Kriegsbefristungen über den Bucher zu kontrollieren drohen. — Ein gewöhnlicher Anzugsstoff, wie er zu Arbeiteranzügen Verwendung findet, kostete vor dem Kriege 4 und 5 Mk. pro Meter; heute dagegen ist der Preis dafür bereits bis zu 37 Mk. pro Meter gestiegen. Da kommt ein Anzug auf 180 Mk. Das ist auch

heute für viele Arbeiter noch mehr als ein Monatslohn. Konfektionsanzüge für junge Leute von 15—18 Jahren kosten 90—100 Mark. Deswegen ist es dringend notwendig, daß bei der Versorgung der Bevölkerung mit Bekleidung andre Wege eingeschlagen werden, als die die KWA der Reichsbekleidungsstelle wandelt. Bei allen Waren, die sie vertreibt, muß aller überflüssiger Zwischenhandel und damit jede unnötige Verteuerung ausgeschlossen werden. Die Waren sollten in Zukunft nicht mehr an Fabrikanten und Tuchgroßhändler abgegeben werden, sondern sie müssen den direkten Weg in die Werkstätten finden, vielleicht über die Berufsvereinigungen. Noch besser würde es sein, wenn die KWA direkt Anzüge arbeiten ließe und den Gemeinden zum Vertriebe überweisen würde. Soweit bekannt geworden ist, haben sich schon viele Gemeinden mit dahingehenden Anträgen an die Reichsbekleidungsstelle gewandt, ohne jedoch die erwartete Berücksichtigung zu finden. Wenn es auch nicht angängig ist, planlos diesen Wünschen nachzugeben, weil dadurch andererseits die Arbeiterbevölkerung der Gemeinden, die bis jetzt noch keine solchen Anforderungen stellten, geschädigt würden, so kann die Reichsbekleidungsstelle doch nicht umhin, einen Verteilungsschlüssel aufzustellen, der das ermöglicht.

Wenn dabei die Interessen einzelner geschädigt werden, so ist das weniger bedenklich, zumal es fast nur Kreise treffen würde, die in Ansehung ihrer Kriegsgewinne einen solchen Schaden leicht tragen könnten. Im Vordergrund muß das Interesse stehen, den weniger bemittelten Arbeiterschichten den Bezug von Kleidung zu erschwinglichen Preisen zu ermöglichen.

Der Weg, der im Kleiderhandel gangbar war, muß es auch hier sein.

möglichst schnell wiederherzustellen, was bis zum 1. August 1914 bestanden hat. Gerade darum erscheint mir eine nachhaltigere Beschäftigung der Presse mit dem Problem der Uebergangswirtschaft so wünschenswert, weil diese Auffassung noch immer besteht. Die drei Jahre Krieg, aus denen ja am Ende auch noch mehr Jahre werden können, erfordern die Anwendung anderer Mittel als die einfache Rückkehr zum altgewohnten Zustand vor dem Krieg. Die Erkenntnis dieser Wahrheit wird getrübt, und die Möglichkeit einer Verhandlung über die anzunehmenden Formen des Wiederaufbaus wird erschwert, wenn man das, worauf es hier ankommt, auf die Formel „Kapitalismus oder Sozialismus?“ zu bringen verdirbt.

Kapitalistische Grundzüge von ehemals werden ja zweifellos nicht die richtigen sein, die anzuwenden sind. Aber doch in der Uebergangswirtschaft der Sozialismus zu verwirklichen sei, das ist eine Forderung, die vermutlich von der Sozialdemokratie nicht gestellt und erst recht nicht durchgeführt werden wird. Was man bisher so gemeinhin unter Sozialismus verstand, nahm seinen Ausgangspunkt doch von andern Zuständen als von denen, die uns der Krieg hinterlassen wird. Alle Sozialdemokraten, die sich eine Vorstellung von ihrem Zukunftsideal machten, gingen nicht von einer zerfallenen, mit gewaltigen Verpflichtungen belasteten und in ihrer technischen Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigten Volkswirtschaft aus, sondern von einer Gesellschaft, die eine herausragende Rolle auf die Welt zu spielen, sondern um den Ertrag gewaltiger gesellschaftlicher Produktivkräfte gerecht zu verteilen, predigte die Sozialdemokratie die Notwendigkeit des Sozialismus. Das ist es aber nicht, was wir zunächst gebrauchen. In einer wahrscheinlich recht lange dauernden Uebergangszeit werden wir sparsam sein müssen wie nur irgendein armer Schüler, den der Hunger nach Besitz anspornt. Die Produkte aller Zonen stehen uns nicht so reichlich zur Verfügung wie ehemals, weil wir zunächst Schwierigkeiten haben werden, um sie zu transportieren und noch größere Schwierigkeiten, sie zu bezahlen; ganz davon zu schweigen, daß am Ende sogar ein Kriegsausgang möglich ist, der uns zunächst überhaupt den Bezug von Rohstoffen und Genussmitteln aus manchen Ländern unmöglich macht. So werden wir uns auf Jahre hinaus darauf einrichten müssen, vorwiegend von dem zu leben, was der deutsche Boden hervorbringt und was deutsche Arbeit im Zusammenwirken mit deutschem Unternehmungsgeist in Europa und in eigenen Kolonien zu schaffen in der Lage ist. Sozialismus, glaube ich, wird der überzeugte Sozialdemokrat den Zustand, dem wir entgegengehen, nicht nennen. Und dennoch wird insofern ein sozialistisches Element eine entscheidende Rolle beim Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft spielen müssen, als nicht das individuelle Interesse des Arbeiters und des Unternehmers (oder der Arbeiterklasse und der Unternehmungsklassen), sondern das Wohl der Allgemeinheit den Maßstab abgeben wird, an dem die Zweckmäßigkeit der anzuwendenden Mittel zu messen ist. So dürfte es sich notwendig machen, der Eigenwirtschaft aus den Zeiten bis zum 1. August 1914 die Gemeinwirtschaft der Wiederaufbauzeit gegenüberzustellen; in der Meinung, daß diese allmählich geläufig werdende Bezeichnung das, worauf es ankommt, schärfer hervorhebt als der Terminus Sozialismus, mit dem leicht Mißverständnisse verbunden sein können.

Aber selbst wenn Gemeinwirtschaft als notwendig anerkannt würde, so wäre damit doch noch nicht gesagt, welche Mittel Anwendung finden müssen, um sie durchzuführen. Neben selbstverständlicher Sparanleihe im Verbrauch aller notwendigen Konsumgüter und ebenso selbstverständlicher Unterdrückung geschmacklosen und überflüssigen Luxus in jeder Form und bei jeder Gesellschaftsschicht muß da vor allem auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, den Ertrag der Produktion so ergiebig wie möglich zu gestalten. Bis zum Ausbruch des Krieges waren wir reich genug, auch unwirtschaftliche Produktionsmethoden dulden zu können, Müßiggangigkeiten, beispielsweise in unserer Mittelstandspolitik, zu pflegen, dem Reichtum und den Monopolisten Gewohnheiten zu schatten, die nichts mehr mit rationaler Ausnutzung unserer Produktionskraft zu tun hatten. In Zukunft muß das anders werden. Das erste Gebot, von dem Industrie und Landwirtschaft, Handel und Gewerbe nach dem Kriege beherrscht sein müssen, wird das Gebot der rationalen Produktionsweise sein. Wir werden gut tun, wie bei so manchem, was wir während des Krieges erfahren haben, auch hier nach dem britischen Beispiel zu blicken, um zu erkennen, wie etwa dieser Gedanke seine Verwirklichung finden könnte.

Bis ins kleinste haben Lloyd George, Neville Chamberlain und der Arbeiterpartei-Ledger in Großbritannien die Hebel der Einhellung der Produktionsweise auf das ökonomische Grundgesetz: mit dem geringsten Aufwand an Mitteln den höchsten Ertrag zu erzielen, in die Praxis umzusetzen verstanden. Um die heimische Produktionsweise zu heben, sind in großartigster Weise die Landwirten Mindestpreise für ihre Erzeugnisse garantiert worden, und zwar gleich bis zum Jahr 1923, wodurch die Grundbesitzer veranlaßt werden, vor allem die landwirtschaftlich zu vergrößern und sich nicht aufzufrieden, an die Produktion selbst mehr zu wenden und sie zu ertragreicher zu machen. Für die Industrie hat der Staat sich die Herrschaft über die wichtigsten Rohstoffe und Urprodukte behauptet. Die Umwandlung des Rohstoffs zum Fertigprodukt erfolgt auf die zweckmäßigste Weise indem Betriebe desselben Rohstoffes zusammengefaßt werden, der Zwischenhandel, wo es irgendwie geht, ausgeschlossen und direkte Lieferung von Rohstoffen und Selbstverlehrsarbeiten vermieden wird. Die Produktion wächst unter Verwendung der neuen und besten Maschinen, internatinaler und weitgehender Arbeitsteilung wird durchgeführt und so der Ertrag erhöht, keine Arbeitsleistung erschöpfend zu heizen. Die Konkurrenz besteht in rationeller Durchführung des Geschäftes der Selbstverlehrsarbeiten, aber unter Vermeidung aller Heillosen Mühen, die die Selbstverlehrsarbeiten zu betreiben, um die Fäden zu drehen, zu spinnen und mit bewährter Energie hemmte die leitenden Maschinen des Fabrikanten des Deutschen Reiches ihren Teil zu tun, in dem Sinne, daß ihre gemeinsame Arbeit und Verlehrsarbeiten helfen. Die Anlagen des Grundbesitzes, das eigentlich wirtschaftliche Element in der Volkswirtschaft, die Produktion, mit allen Kräften zu heben und zu erhalten, und alle überflüssigen Zwischenschichten zu beseitigen, ist das oberste Gebot der Wiederaufbauzeit. Die Arbeit muß rationell und zweckmäßig auf dem geringsten Wege oder eine zweckmäßige

Leistungsfähigkeit der Industrie sein, der es so ermöglicht wird, schnell und ohne Beschränkung der Volkswirtschaft die Kriegskosten zu bezahlen. Die Arbeiter merken an diesem Gang der Dinge durch, insbesondere, daß man versucht, sie durch hohe Löhne zu entschädigen, die dem Gemeinwohl der Volkswirtschaft zu veranlassen, die dem Gemeinwohl Ziel hindern im Wege stehen. Chamberlain hat sogar einen Versuch, den er schon früher auf lokaler Grundlage in seiner Heimatstadt Birmingham gemacht hat, auf nationaler Basis wiederholt. Die Schaffung einer gemeinsamen Organisation von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die mit einer für die Arbeiter günstigen Lohnpolitik das Verhältnis der Arbeiter zur Einschränkung ihrer gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit zu erlangen beabsichtigt. Man will die Rechte und Ausprägungen unmöglich machen und an Stelle dieser Verträge zum Ausgleich von Streitigkeiten Schiedsgerichte nach zivilrechtlichem Muster einlegen. Man will ferner den Widerstand der Arbeiter gegen die Beschäftigung ungelerner Arbeiter und Frauen beseitigen. Unter Anwendung aller Mittel sollen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur Anerkennung des Streikrechts gebracht werden, daß für die erste Zeit nach dem Kriegesausbruch die Produktion der Arbeiter zur Anerkennung des Streikrechts gebracht werden, daß für die erste Zeit nach dem Kriegesausbruch die Produktion der Arbeiter zur Anerkennung des Streikrechts gebracht werden...

Es mag dahinstehen bleiben, ob die gemeinschaftliche Organisation der Arbeiter und Unternehmer die auf sie gesetzten Hoffnungen erfüllen wird. Den aufmerksamen Leser der englischen Zeitungen werden Zweifel daran befehlen, ob dieses Mittel seinen Zweck erfüllen wird. Aber das ist nicht das Entscheidende. Wichtig ist es anzunehmen, daß es eben die bewundernswürdige Klarheit und Energie mit der Lord George und seine Mitarbeiter auf das von ihnen erstrebte Ziel losstürzen. Es wäre wahrlich an der Zeit, daß man sich auch in Deutschland in allen Kreisen die Frage stellt, was besser ist und geschehen ist, um auch bei uns den Grundlag der rationeller Produktionsweise auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens durchzuführen. Ich befürchte, daß noch immer Teile der deutschen Unternehmerrunde den Grad von Vorurteilhaftigkeit gegen die Arbeiterorganisationen nicht erreicht haben, der dazu notwendig ist, um die bewußten Arbeiter sämtlich begriffen haben, daß beherrschende Verhältnisse unter Umständen veräußert werden müssen, wenn die Durchführung des hier behandelten Grundgedankens das erfordert, ist gleichfalls fraglich.

Das hier von der Industrie gelagt wird, gilt, freilich in etwas modifizierter und den Bedingungen organischer Produktion angepaßter Weise auch für die Landwirtschaft. Auch auf diesem Gebiet kann man sich nicht rationalisieren und in der Produktionsherkunft ersichtlich zeigen. Daß die deutsche Landwirtschaft Großes geleistet hat, wird ihr heute niemand mehr bestreiten können. Sie ist aber schon in Zukunft noch Größeres zu leisten, namentlich auch durch eine rationellere Wirtschaftsweise mit einer entsprechenden Kolonialwirtschaft. Auch für die Landwirtschaft wird der Gedanke der rationeller Produktionsweise maßgebend sein. Auch hier ist Produktionsförderung die dringende Aufgabe der Zukunft. Die Anerkennung dieses Grundgedankens bedeutet aber nicht die Anerkennung jener Art von Ernährungswirtschaft im Krieg, die da herrschte, es komme ausschließlich auf die Produktionsförderung an und gar nicht auf die Harmonisierung und gleichmäßige Verteilung des produzierten Selbstverbrauchs und auch im Krieg alles getan werden, was für die Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion getan werden kann. Aber es hieße Illusionen nachjagen, wollte man glauben mit diesem Mittel jetzt schon die Mitleidigen zu können. Die infolge der allgemeinen Nahrungsmittelknappheit zur Zeit bei uns entworfen sind. Die vorübergehende Anerkennung der Nahrungsmittelknappheit ist nicht unersucht zu lassen, was die landwirtschaftliche Produktion so ertragreich wie nur möglich gestalten könnte, läßt sich durchaus mit ebenso vorübergehender Unterstützung des Prinzipes untrüger Ernährungspolitik vereinigen.

Wenn uns die Friedenszeit für die Aufgaben gerüstet finden soll, die der deutschen Volkswirtschaft bevorstehen, werden Parlamente und Behörden, Presse und Berufsvertretungen gut daran tun, daß sich darauf vorbereiten, wie die Kriegsschäden geheilt werden müssen. In den Kriegsjahren Friedensschluß könnte sich leicht eine wirtschaftliche Niederlage knüpfen, wenn das deutsche Volk sich nicht mit ruhigem Eifer bemüht zeigen wird, seine schaffenden Kräfte so anzupassen und zu verwenden, daß sie ein Höchstmaß von Leistungen hervorbringen.

Teuerungszulagen nicht pfändbar und nicht versicherbar.

Die gewaltig gestiegenen Kosten des Lebensunterhalts haben die Unternehmer gezwungen, ihren Arbeitern Zulagen zum Lohn in Form von Teuerungszulagen zu gewähren, gewöhnlich mit der ausdrücklichen Erklärung, daß sie nur vorübergehend für die Zeit der Teuerung gezahlt werden. Dadurch ist das Arbeitseinkommen des Arbeiters erhöht, was Veranlassung gegeben hat, diesen eigennütigen Teil des Arbeitseinkommens gegebenenfalls zu pfänden. Ein Gericht hat nun erklärt, eine Pfändung dieser Teuerungszulage sei nicht statthaft, selbst dann nicht, wenn dadurch das Gesamteinkommen 2000 Mk. übersteige, über welchen Betrag hinaus nach der Bundesratsverordnung vom 17. Mai 1915 für jegliche Forderungen der Lohn gepfändet werden kann. Das Oberlandesgericht zu Köln hat am 23. März 1917 folgenden Urteil gefällt:

Die von der Stadt Köln ihrer Arbeitern gewährte Teuerungszulage beruht auf der Erwägung, daß die Kosten der wichtigsten Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter im Laufe des letzten Kriegesjahres eine außerordentliche Steigerung erfahren und daß deshalb den Arbeitern aus den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende Teuerungszulagen zur Vorkommnis der unzureichenden Unterhaltungsbedürfnisse gewährt werden sollen. Dieser Zweck würde aber vereitelt werden, wenn die Teuerungszulagen ganz oder zum Teil der Gläubiger der Schuldners durch Pfändung wegen ihrer Forderungen zur Verfügung käme. Der sich daraus ergebende Nachteil für die Teuerungszulagen kann auch nicht mit dem Grundgedanken der Bundesratsverordnung vom 17. Mai 1915 der Verpfändung des Gesamteinkommens des Arbeiters als Pfändung des Gesamteinkommens des Arbeiters vereinbar sein, da über 2000 Mk. hinaus der Schuldner einen geschuldeten Betrag in ihrem Bereich des Einkommens für die Teuerungszulagen gewährt werden kann. Das kann nur insoweit als richtig angesehen werden, als es sich um die Erhöhung der Arbeitsvergütung im Sinne der Bundesratsverordnung handelt. Die Teuerungszulagen sind als Zuschüsse zur Arbeitsvergütung zu betrachten, die dem Arbeitnehmer durch die Arbeitgeber zufließen und die dem Arbeitnehmer zufließen und die dem Arbeitnehmer zufließen...

Die von der Stadt Köln ihrer Arbeitern gewährte Teuerungszulage beruht auf der Erwägung, daß die Kosten der wichtigsten Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter im Laufe des letzten Kriegesjahres eine außerordentliche Steigerung erfahren und daß deshalb den Arbeitern aus den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende Teuerungszulagen zur Vorkommnis der unzureichenden Unterhaltungsbedürfnisse gewährt werden sollen. Dieser Zweck würde aber vereitelt werden, wenn die Teuerungszulagen ganz oder zum Teil der Gläubiger der Schuldners durch Pfändung wegen ihrer Forderungen zur Verfügung käme. Der sich daraus ergebende Nachteil für die Teuerungszulagen kann auch nicht mit dem Grundgedanken der Bundesratsverordnung vom 17. Mai 1915 der Verpfändung des Gesamteinkommens des Arbeiters als Pfändung des Gesamteinkommens des Arbeiters vereinbar sein, da über 2000 Mk. hinaus der Schuldner einen geschuldeten Betrag in ihrem Bereich des Einkommens für die Teuerungszulagen gewährt werden kann. Das kann nur insoweit als richtig angesehen werden, als es sich um die Erhöhung der Arbeitsvergütung im Sinne der Bundesratsverordnung handelt. Die Teuerungszulagen sind als Zuschüsse zur Arbeitsvergütung zu betrachten, die dem Arbeitnehmer durch die Arbeitgeber zufließen und die dem Arbeitnehmer zufließen und die dem Arbeitnehmer zufließen...

teuerung unterliegt. Diese Erklärung kommt allerdings reichlich spät, ja direkt zu spät, denn die Einschätzung zur Staatssteuer um ist längst vollzogen und die Reklamationsfrist größtenteils schon verstrichen. Es ist aber festzustellen, daß bei der Einschätzung die Teuerungszulage in den überaus meisten Fällen mit in Anrechnung gebracht worden ist. Wo dies geschehen ist, werden die so Betroffenen gut tun, vorausgesetzt, daß die Reklamationsfrist nicht schon verstrichen ist (drei Wochen nach erfolgter Zustellung des Steuerzettels), die Reklamation einzureichen. Andernfalls ist durch Gesuch Erlass eines Teiles der Steuer zu beantragen unter der Begründung, daß der Rechtsstandpunkt erst jetzt bekannt geworden ist und daß dieser von der Steuerbehörde bei der Einschätzung unbeachtet geblieben ist.

Zur Geologie des Kampfgeländes in den Karpathen.

Will man die Ergebnisse der bisherigen Studien über das karpathische System in wenige Sätze zusammenfassen, so läßt sich etwa behaupten, daß es die alpinen Zustände der Karpathen, in der die silurische allerdings völlig zu fehlen scheint, mit denen außer-alpinen Verhältnissen in eigentümlicher Weise verbindet. Während die Schiefer der Karpathenformation denen der Karawanken genau entsprechen, tritt die Dops mit ihren roten Sandsteinen, mit Quarziten und Schiefern viel bedeutender auf, etwa so wie im nordöstlichen Böhmen, so sogar wie dort mit ansehnlichen Melaphyrenmassen als Gneisgebirgen, die freilich nicht auf ihren Horizont beschränkt bleiben, sondern in die alpin entwickelte untere Trias eingreifen. Die obere Trias zeigt keineswegs die mächtige Kalkstein- und Dolomitbildung der Alpen; im Innoce und Neurotro Gebirge sind nebst Sandstein, der dem Lungner Sandstein der Nordalpen zu entsprechen scheint, auch bunte Keupermergel reichlich vorhanden. Dagegen erscheinen die Grenzschichten zwischen der Trias und dem Vias in ihrer rein alpinen Form. Der Vias erscheint, wie in seinen tiefer Umgebung kaum anders zu erwarten, in der alpinen Form, die am Nordrande der Alpen als eine Folge der Nachbarschaft des böhmischen Massivs aufgelöst wird, aber schon an der Nordseite der Tatra als roter Ammonitenmarmor. Die einzelnen Glieder des mittleren und des oberen Jura sind im Berglande wieder durch Aufhebung noch durch Reichum ausgezeichnet. Um so größere Wichtigkeit erlangen sie in der Doppelreihe von Kalksteinen, die, an jeder Seite der Karpathen eine, von oben merklicher, bis zu mehr als hundert Meter Höhe aus den geschlossenen Jünger der zumeist mergeligen unteren und oberen Kreideformation emporragen, und den Geologen seit alter Zeit unter dem Namen Kalksteinkuppen, ihre GröÙe als Klippenfelsen bekannt sind. Der höhere nördliche Zug hebt bei Neutitschein in Währen und bei Nilsburg an und verläuft sich bis in die Gegend südlich von Krakau. Er enthält ausschließlich jene obersten Malm- und Grenzschichten, die man mit dem Namen der tithonischen Stufe bezeichnet. Der jüdische Zug begleitet den Fuß des Waldgebirges, dessen untere Schichtenabteilung durch Lager von Spitzkalkstein als Neofomien charakterisiert ist, mit einer viel größeren Anzahl von Klippen, auch einer viel reicheren Schichtenreihe, vom Keuper bis zur Kreide bis in die Nähe des Tatrafußes. Erwähnt sei noch die starke Entwässerung der älteren Karpathen- oder Amphiphyschichten in der oberen Abteilung des Sandsteinzugs, der als ein so mächtiges, von teilweise niedererem Sandstein bedecktes Gebirge die pannonische von der karpathischen Stromwelt scheidet. Im Gebiet des Hernadflusses erreicht es seine größte Breite, um dann südwärts umzubiegen und die transalpinische Gruppe völlig zu umschließen. Schon am Nordrande aller Karpathen Gebirge zum Teil verfallend, zum Teil von ihnen verlassen, entblüht es, längst nach Ueberschreitung seiner größten Höhe, zwischen den obersten Zuflüssen der Theiß einerseits, des Berech und des Pruth andererseits wieder Glimmerchieferzüge und Thasgebirge. Ein mächtiger Kern und mit ihm eine reiche Gliederung stellt sich erst im Duellgebiet der Maros wieder ein.

Korrespondenzen.

Darmstadt. In der am 28. August stattgefundenen Besprechung gab Kollege Herrmann einen Bericht über den Stand der Organisation im Gau. Recht erfreulich ist es zu hören, daß, wenn auch ein geringer Mitgliederzuwachs gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen ist, der Zusammenhalt ein guter ist. Auch bei den Erneuerungen verstandener Tarifverträge sowie Eringung von Teuerungszulagen sind beachtenswerte Erfolge erzielt worden. Nicht verbleiben darf freilich werden, daß durch den Lebensmittelpreis der Arbeiter viel größere Aufwendungen zu machen haben, als wie vor dem Kriege. Der Zusammenhalt der noch wenigen beschäftigten Kollegen im Bezirke der Zahlstelle Darmstadt habe es ermöglicht, daß den Kollegen eine Teuerungszulage bewilligt wurde. Im Auftrage der Kollegen richtete Kollege Herrmann mehrere Schreiben an die Firma Eringer. Die Kollegen erzielten eine Erhöhung des Stundenlohnes um 15 Pfg. In der Debatte gab Kollege Herrmann noch über verschiedene Anfragen Auskunft.

Rundschau.

Erbschaftsauszahlung. Der auf dem Schlachtfeld reiche Erste haltende Tod und die gesteigerte Sterblichkeit der unter der Kriegsernährung leidenden Menschheit bringen es mit sich, daß dem Erbrecht in der gegenwärtigen Zeit größere Bedeutung zukommt. Obgleich im allgemeinen, von dem schmerzlichen Verlust des Angehörigen abgesehen, der Anfall der Erbschaft eine erfreuliche Tatsache ist, kann sie andererseits doch auch ihre Nachteile mit sich bringen. Die Nachteile bestehen darin, daß man auch die Verbindlichkeiten als Erbschaft mit übernehmen muß, daß also nicht immer nur eine Erbschaft Vorteile dem Erben bringt, sondern auch Nachteile dadurch, daß die Schulden und die andern rechtlichen Verpflichtungen materieller Art von dem Erben zu erfüllen sind. Zu diesen Verbindlichkeiten gehört z. B. auch die Gewährung des Unterhalts der Erben des Erzeugers eines unehelichen Kindes an dieselbe. Der Arbeiter als Familienvater kann durch dieses Erbe außerordentlich schwer betroffen werden. Denn neben der Verpflichtung für den eigenen Unterhalt und den seiner ehelichen Abkömmlinge hat er auch noch den Unterhalt für das uneheliche Kind, welches vielleicht im Hofe gelassenen Sohnes zu gewähren. Diese Last ist unentgeltlich und kann zu erfüllen und es kommt sogar vor, daß mehrere Kinder einer Familie uneheliche Abkömmlinge hinterlassen. Das Bürgerliche Gesetzbuch § 1912 ff. bietet hierzu dem Erben Schutz. Es räumt ihm das Recht ein, die Erbschaft auszuschlagen. Dadurch, daß diese gesetzlichen Bestimmungen in Arbeiterkreisen nicht bekannt sind, ist schon viel Schaden angerichtet und sind viele Familien in äußerster bedrückte Verhältnisse geraten. Denn der rückständige Lohn des unehelichen Kindes kann den Erben genau so zur Alimentation heranzuziehen verurteilen, wie den Erzeuger des unehelichen Kindes. Gleiches vom moralischen Standpunkt aus der Erbschaftsauszahlung wegen der Entziehung der Unterhaltspflicht ebenfalls unangebracht ist, so muß man sie doch andererseits, was Standpunkt des unmittelbaren Arbeiters zu betrachten, wiederum als notwendig betrachten. Außerdem müssen alle moralischen Pflichten schwinden, denn die Ausschlagung ist ein gesetzlich gewährtes Recht. Trotz der erfolgten Ausschlagung bleibt es dem Erben unversehrt, wenn er überläßt, ob er für den Unterhalt des unehelichen Kindes sorgen will. Das ist eine bewußte Zuneigung und es kann nicht durch gesetzliche Maßnahmen herbeigeführt werden.

werden. Die Ausschlagung geschieht in der Weise, daß sie dem Nachlassgericht in öffentlich beglaubigter Form abzugeben ist. Das Nachlassgericht ist bei Gefallen immer dasjenige Amtsgericht, in dessen Bezirk der Gestaltete vor seiner Einberufung seinen Wohnsitz gehabt hat. Die Ausschlagung ist innerhalb sechs Wochen zu bewirken. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, an welchem der Erbe von dem Anfall der Erbschaft, also vom Tode des Erblassers Kenntnis erlangt hat. Die Ausschlagung kann nicht mehr bewirkt werden, wenn die Erbschaft angenommen worden ist. Eine Annahme der Erbschaft kann z. B. auch darin erblickt werden, wenn die von dem Erben übermittelten Nachlasspapiere von den Erben angenommen werden, sei ihr Wert auch noch so geringfügig. Wer sich vor Schaden bewahren will, der verzeihe bei dem Unglück, das ihn durch den Verlust des Angehörigen betroffen hat, nicht auch die rechtliche Seite zu überdenken und zu erwägen, ob eine Erbschaftsauszahlung angebracht ist oder nicht.

Ein neues Verfahren der Kartoffelzucht. In Schweden sind jüngst erfolgreiche Versuche mit einem neuen Verfahren der Kartoffelzucht ausgeführt worden. Wie die Fachzeitschrift „Trädgård“ berichtet, hat Direktor J. Ballmarz Kartoffeln durch Stecklinge vermehrt; er schneidet zu diesem Zweck die Spitzen der Stäbchen ab, legt sie in die Erde, und es bilden sich dann nicht nur, sondern Knollen in der Erde. Ob sich schließlich doch noch Wurzeln bilden, hat er vorläufig nicht ermitteln können. Er hält es aber für möglich, daß man durch diese Art des Kartoffelzuchtens Saatartoffeln sparen kann. Dies ist, wie wir hinzufügen können, eine durchaus richtige Annahme, wie Versuche in Deutschland gezeigt haben: ein Wert auf Knollen hat nämlich Kartoffelzucht aus solchen Stecklingen erhalten. Allerdings hat er die Stecklinge in Töpfe gesetzt, so daß sich vorläufig nur sagen läßt, daß bei gartennäßigem Anbau ein neues Verfahren der Kartoffelzucht gewonnen sei. Ob es auch für selbstmäßigen Anbau in Frage kommt, muß die Zukunft entscheiden.

Ein Waggon Kasse verborben. Vor kurzem mußte ein Kassefabrikant aus der Remptener Gegend auf Anweisung der Berliner Reichsfinanzstelle einen Bohrwagen Camembertkase an den Kommunalverband Berlin liefern. Der Kasse war in Schächeln zu etwa 360 Gramm verpackt; der Gesamtpreis der Lieferung betrug 11 000 Mk. Vierzehn Tage nach Lieferung erhielt der Arbeiter ein Telegramm: „Ware verborben, zur Verfügung.“ Ein Teilhaber der Firma fuhr sofort nach Berlin. Dort zeigte man ihm die beanspruchte Ware: der Kasse war bereits überreif, so daß der Inhalt auf den Schächeln herunterfiel. Der Lieferant wies sofort darauf hin, daß dieser Zustand ein selbstverständlicher sei, da ein zehnprozentiger Beschädigung, wenn er statt im Keller bei 8 bis 10 Grad in einem überwarmen Raum aufbewahrt wurde, sich unmöglich so lange Zeit halten konnte, wie von der Lieferung bis zur Beschäftigung verfloßen war. Der Lieferant forderte Klarstellung des Sachverhalts durch Sachverständige. Seine Mahnung, den zwar überreifen, aber am liebsten Tage noch genießbaren Kasse sofort billig zu verkaufen, und dies durch ein Plakat am Hause anzukündigen, wurde mit der Erwiderung abgelehnt: „Kasse uns gar nicht ein, wir sind Kommunalverband, wir sind kein Detailgeschäft.“ Drei Tage später war der Kasse völlig verborben und wurde samt den Schächeln weggeworfen. Ob der Fabrikant sein Geld erholt, ist unbekannt; das größte Interesse aber hat die Allgemeinheit daran, daß in der gegenwärtigen Zeit nicht durch mangelnde Sachkenntnis Lebensmittel waggonweise verderben. Hier müssen andre Männer die Sache in die Hand nehmen und das ist die höchste Zeit, denn die Unzufriedenheit der arbeitenden Bevölkerung hat infolge der immer wiederkehrenden falschen und lässigen Maßnahmen der Verteilungsstellen bereits einen hohen Grad erreicht. Will man denn wirklich, daß die Gebulb reichen soll?

Eine gestörte Bauernhochzeit. In Stadthagen (Schauinsland) wurde dieser Tage eine große Bauernhochzeit gefeiert, an der etwa 80 Personen geladen waren. Zur Feier des Tages war ein Kalb und eine große Anzahl Hühner geschlachtet und sehr Zuckerkuchen gebacken worden. Den Hochzeitsgästen wurde jedoch eine große Enttäuschung bereitet, denn als gerade die Braten in den Töpfen schmorten, erschien ein Gendarmenwachtmeister auf der Wirtshaus- und beschlagnahmte all die schönen Sachen. Die Braten, Kuchen und sonstigen Leckerbissen wanderten in das Kranzhaus und in das Parquet und fanden dort willkommenen Abnehmer. — Die Lebensmittelverteilung ist in dieser Zeit der bitteren Not so „glänzend“ geregelt, daß es möglich ist, auf einer Bauernhochzeit 80 Personen zu bewirten. In den Großstädten aber hungern die Arbeiter mit Weib und Kindern, weil man ihnen sagt, daß nichts da ist. Es braucht aber nur richtig verteilt zu werden.

Literarisches.

„Die Glode“, Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Hanns (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68). Das eben erschienene Heft 22 enthält u. a. folgende Artikel: August Binnig: Der Ruf nach der Parteieinheit. A. Ründe: Demokratie. Ernst Heilmann: Der „freie“ Wollf und der sozialistische „Unterlan“. M. Sach: Grundfragen der Sozialpolitik. F. Cohn-München: Die Geschäftsgewinne der Industrie 1913—1915. Friedrich Kleis: Lohnkämpfe in der Kriegszeit. Hanns Altermann: Sambre — Städte. Glosse. Einzelhefte 30 Pfg., vierteljährlich 3.50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Anzeigen

Züchtiger Steinmetz

auf Grabdenkmäler in Sandstein, Granit und Muschelfalk sofort für dauernde Arbeit gesucht.

Bildhauer Huber, Emmendingen, Baden.

Granit-Steinmetzen, Granit-Hand- u. Maschinenschleifer

werden eingestellt.

Stettiner Steinindustrie, G. m. b. H. Freilburger Straße 3.

Militär. Granit-Hand- u. Maschinenschleifer

sucht wegen Schließung des Geschäfts dauernde Arbeit. Suchender war mehrere Jahre als Polier tätig.

Offerten an F. Richter, Götts, Langenlauer Straße 75, I.

Bestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Todesfälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik einsehend sind.)

In Egershausen am 15. August der Pfarrersteinmetz Friedrich Meves, 64 Jahre alt, an Magenkrebserkrankung.

In Wanzlau am 26. August der Sandsteinmetz Heinrich Franken, 40 Jahre alt, an Lungentumor.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Paul Diewig, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.